

# Macron verschärft den Kurs in der Asylpolitik und stürzt die eigene Partei in ihre erste Zerreißprobe

Frankreichs Regierung beschloss den Entwurf für ein neues Asylgesetz, das von Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und Menschenrechts-Organisationen heftig kritisiert wird. Ein Teil der Parlamentarier der Partei von Präsident Macron sträubt sich gegen die vorgesehenen schnelleren Abschiebungsverfahren und die zeitliche Ausdehnung der Verwaltungshaft für abzuschickende Migranten. Als eine Art Ausgleich bringt das neue Gesetz aber auch schnellere Arbeitsgenehmigungen für Asylsuchende und einen erweiterten Familiennachzug für minderjährige Flüchtlinge.

Eine Floskel ist zum Markenzeichen von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron geworden: *Et en meme temps* (wörtlich: Und gleichzeitig). Mit diesem *Sowohl-als-auch*-Spruch umschiffte Macron bisher so manch heikle Frage, einstweilen ohne allzu viel Nachsehen.

Das selbe Rezept, angewendet auf die Asylpolitik, führte aber jetzt zu einer ersten Zerreißprobe in den Reihen seiner eigenen Parlamentsmehrheit. Macron hatte, gemünzt auf die Asylberechtigten, gemeint: *Die einen wollen wir schützen*. Nachsatz: *Die anderen wollen wir zurückbegleiten*.

Am Mittwoch wurde auf einer Ministerratssitzung ein Gesetzentwurf beschlossen, der vor allem die Rückführung intensivieren soll. Asylansuchen sollen zwar in Zukunft in maximal sechs Monaten beantwortet werden (derzeit im Schnitt elf Monate), was allgemein begrüßt wird. Aber das Einspruchsrecht gegen einen negativen Bescheid soll von bisher 30 auf 15 Tage reduziert werden, wobei die Ausweisung bereits in dieser Zeitspanne erfolgen kann, was Juristen und Menschenrechts-Organisationen kritisieren.

Die Regierung verweist hingegen darauf, dass solche Rückführungen nur in Länder erfolgen würde, die als *sicher* eingestuft sind: etwa Kosovo, Albanien, Benin, Ghana oder Marokko *oder* im Fall *gefährlicher* Personen (kriminelle oder terroristische Verbindungen).

Die umstrittenste Neuerung ist die zeitliche Ausdehnung der Verwaltungshaft in Anhalte-Zentren für Auszuweisende von derzeit maximal 45 auf 90 und in gewissen Fällen sogar 135 Tage. Begründung: je länger die Zeitspanne, desto mehr Aussichten gäbe es, mit dem Ursprungsland zu einem Übereinkommen für eine Rücknahme zu gelangen. Was wiederum von Kritikern in Abrede gestellt wird. Die Regierung pocht ihrerseits auch darauf, dass Frankreich eines der Länder Europas mit der geringsten Anhalte-Frist ist *oder* in Deutschland kann sie bis zu 18 Monate dauern.

In einigen Punkten gibt es allerdings auch Erleichterungen für Flüchtlinge: sie sollen nach sechs Monaten auch ohne Abschluss ihres Verfahrens eine Arbeitsbewilligung erhalten.

Staatenlose bekommen eine vierjährige Aufenthaltsgenehmigung (statt wie bisher nur einjährig). Frauen, die Gefahr laufen beschnitten zu werden, stehen automatisch unter Schutz.

Das Recht auf Familienzusammenführung für minderjährige Flüchtlinge wird ausgeweitet: konnten sie bisher nur ihre Eltern nachholen, können jetzt auch Geschwister kommen. Diese Maßnahme könnte jene linksliberalen Abgeordneten der Partei von Macron, die sich gegen das neue Asylgesetz gestemmt hatten, dazu bewegen, doch noch dafür zu stimmen. Während die konservative Opposition darin eine zusätzliche Öffnung der Schleusen für Migranten wähnt.

Im Vorjahr waren in Frankreich 100.000 Asylanträge registriert worden, 32.000 wurde statt gegeben. Rund 10.000 Personen wurden abgeschoben.

**DANNY LEDER, PARIS**